

nicht in einer numerischen Bewertung eines typischen internationalen Vergleichs (auch des Lissabon-Zieles) wieder finden. Daraus ist zu sehen, dass Europa sich nicht nur andere Länder als Benchmark nehmen sollte. Die Entwicklung einzelner Faktoren aus der eigenen Vergangenheit (z.B. Produktivität, sozialer Zusammenhalt) bieten sich vornehmlich an. Die hier beschriebenen Hintergründe müssen den Entscheidungsträgern bei der Beurteilung, der Implementierung, der Überwachung und der Bilanzierung der Lissabon-Strategie immer bewußt sein.

2. MAKROÖKONOMISCHE ANALYSE

2.1 *Bedeutung des Wirtschaftswachstums*

Die Priorität des Wirtschaftswachstums wird dadurch unterstrichen, dass die meisten wirtschaftspolitischen Ziele bei hohem Wirtschaftswachstum leichter zu erreichen sind. Offensichtlich gilt das für das Wiedererreichen der Vollbeschäftigung. Eine Verringerung der Arbeitslosenquote setzt – je nach Entwicklung des Arbeitskräfteangebots – ein BIP-Wachstum von mindestens 2,5% voraus. Auch die Leistungen des Pensions- und Gesundheitswesens sind wesentlich leichter zu finanzieren, wenn Produktivität und Beschäftigung steigen. Es besteht auch ein deutlicher Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Budgetstabilisierung: Wenn die Wirtschaft rasch wächst, ist ein Budgetdefizit leichter zu beseitigen.

Das Wirtschaftswachstum spiegelt die Wirtschaftskraft eines Landes viel besser wider als etwa die Entwicklung der Exporte oder Marktanteile. Daher wurde in der Strategie von Lissabon auch eine Anhebung des Wachstumspfadens der Wirtschaft auf mindestens 3% postuliert. Die wirtschaftlichen Erfolge der skandinavischen und angelsächsischen Länder in den letzten 10 Jahren zeigen, dass es durchaus möglich ist, ein solches hochgestecktes Ziel zu erreichen.

Für eine höhere Wirtschaftsdynamik Österreichs in der Zukunft sprechen die Expansionschancen in den neuen Beitrittsländern, die steigenden Marktanteile österreichischer Firmen in Asien und den USA, die günstige Entwicklung der industriellen Arbeitskosten sowie angebotsseitige Maßnahmen.

Eine Anhebung des Wirtschaftswachstums auf 3% pro Jahr erfordert die konsequente Nutzung aller wirtschaftspolitischen Spielräume auf nationaler und internationaler Ebene. Österreich muss zum Technologiegeber, Headquarter-Standort und Anbieter hochwertiger Dienstleistungen werden. Österreich wird diese Rolle im Zentrum Europas nur spielen können, wenn es neben dem Humankapital hervorragende Infrastruktur und Forschungseinrichtungen bieten kann (Aiginger 2004).

Weiterbildung („lebensbegleitendes Lernen“) ist eine Schwäche Österreichs, die bei allen internationalen Vergleichen auffällt. Weiters ist der Anteil der technisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen zu gering, und die Studien dauern viel zu lang. Bezüglich der Informationstechnologien liegt Österreich nur im europäischen Mittelfeld. Die F&E-Quote übersteigt zwar in Österreich nach den neuesten Berechnungen von Statistik Austria mit 2,27% (2004) den EU-Durchschnitt, sie ist aber noch weit vom Ziel der Bundesregierung (3% im Jahr 2010) entfernt – obwohl die steuerliche Forschungsförderung in Österreich bereits sehr attraktiv ist.

In der gegenwärtigen Phase unterausgelasteter Kapazitäten sind die mittelfristigen Wachstumsstrategien durch Maßnahmen zur Stimulierung der Nachfrage zu ergänzen. Zu bevorzugen wären jene Maßnahmen- bzw. Konjunkturimpulspakete, welche in einer anhaltenden Stagionsphase wesentliche positive Auswirkungen schaffen können, wie z.B. eine Ankurbelung der Investitionen durch Infrastrukturprojekte oder finanzieller Innovationen.

Ein großes Problem stellt der fehlende Wachstumsfokus in der EU-Politik dar. Die EU strebt langfristig ein ausgeglichenes Budget (und kurzfristig ein Defizit unter 3%) an. Die Finanzminister werden für die Erreichung dieses Ziels verantwortlich gemacht. Die EZB ist die Hüterin der Preisstabilität, sie will die Inflationsrate unter der 2%-Marke halten. Für das Erreichen des Wachstumsziels von 3% im Rahmen der Lissabon-Strategie ist jedoch niemand wirklich voll verantwortlich. Wenn das Ziel der Budget- und Preisstabilisierung nicht mit dem Wachstumsziel vereinbar ist, dann hat das Wachstumsziel in der wirtschaftspolitischen Hierarchie der EU Nachrang.

2.2 Grundzüge der EU-Wirtschaftspolitik unterstützen Wirtschaftswachstum nicht ausreichend

2.2.1 Stagnation in der Europäischen Union 2001-2003

Die Wirtschaft der Europäischen Union befand sich von Anfang des Jahres 2001 bis Anfang 2004 in einer lange dauernden, hartnäckigen Stagnation. Die Erholung der Konjunktur im Jahr 2004 erfolgte nur sehr langsam und ist von Rückschlägen geprägt. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum belief sich von 2001 bis 2003 auf real nur 1,0% in der Eurozone. Zwar kam es in keinem einzelnen Kalenderjahr zu einem Rückgang der realen Wirtschaftsleistung, aber die ausgeprägte Wachstumsschwäche über einen Zeitraum von drei Jahren brachte erhebliche Wohlfahrtsverluste mit sich:

- Besonders deutlich sind die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt.